

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 78 (2000)
Heft: 1

Artikel: Eine rote Legislatur?
Autor: Rickenbacher, Iwan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341517>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine rote Legislatur?

Der Glaube, dass die zentralen Zukunftsaufgaben dank freiem Markt und ohne Staat erfüllt werden können, ist vielen auch bisher Privilegierten abhanden gekommen. Verunsichert sind Bürgerinnen und Bürger, die sich lange Zeit als ungefährdete Gewinner eines Wirtschaftssystems wünschten, das Tüchtigen, Ehrgeizigen, Leistungsbereiten Erfolg versprach. Dass andere Faktoren als ihre Produktivität die Zukunftsaussichten ihres Arbeitsplatzes bestimmen könnten, war kein Thema. Eigentlich müssten die Sozialdemokraten in der Schweiz Konjunktur haben.

Iwan Rickenbacher

Zwischen 1995 und 1998 haben gemäss der eidgenössischen Betriebszählung in der Schweiz 25 von 450 Firmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihre Tore geschlossen. Einzig Mikrounternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten haben im gleichen Zeitraum zugelegt, die verlorenen Arbeitsplätze aber nicht kompensiert. Konjunktur für Sozialdemokraten?

Von den betroffenen Angestellten und Kaderleuten, die 1995 bürgerliche Parteien wählten, hat 1999 kaum jemand Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gewählt. Wer im bürgerlichen Lager aus Unzufriedenheit die Wahlentscheidung korrigierte, entschied sich für die SVP, deren wichtigster Repräsentant noch weniger Staat und noch mehr Markt fordert. Warum nicht für die Sozialdemokraten?

Im Dezember 1999 veröffentlichte der Bundesrat seine 24 Jahresziele 2000, darunter die Revision des Berufsbildungsgesetzes, die Botschaft zur Konsolidierung der AHV, die Botschaft zur IV-Revision,

zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes, zur Finanzierung der Stiftung «Solidarische Schweiz». Von sozialpolitischer Bedeutung sind zudem die neue Finanzordnung und die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. In den nächsten Jahren entscheidet sich, ob sich die sozialen Gegensätze in der Schweiz verstärken oder ob die Basis für neue Solidarität geschaffen wird. Konjunktur für Sozialdemokraten?

Am 24. Oktober 1999 entschieden sich 26 Prozent der Wählerinnen und Wähler, die weniger als 3000 Franken Verdienst ausweisen, für die SVP, über 20 Prozent der Rentnerinnen und Rentner auch, sowie ein Viertel aller Männer, die gewählt haben. Nur 13 Prozent der niedrigsten Verdienstgruppe entschied sich für die SP Schweiz, nur 14 Prozent jener, die nur für kurze Zeit Schulen besuchen konnten. Wen vertreten die Sozialdemokraten?

Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der Sozialdemokratie in Europa präsentieren sich moderat, marktwirtschaftlich, staatstragende – von Tony Blair bis Gerhard Schröder – und verlieren das Vertrauen jener Werktätigen, für die ihre politischen Vorfahren vor Fabrikören Streikwache hielten.

Dafür führen bürgerliche Regierungspräsidenten in der Schweiz in den Strassen von Basel die Protestformationen der Adtranz-Belegschaft an und werden in den nachfolgenden Parlamentswahlen prompt ihren sozialdemokratischen Mitbewerbern vorgezogen, um anschliessend gleich einzustehen, dass die Solidaritätsaktion wahlpolitisch willkommen war. Warum gewinnen in dieser Situation nicht Sozialdemokraten?

**Die politische
Agenda der
nächsten Jahre
ist für die SP
Schweiz günstig.**

Führende Persönlichkeiten der Sozialdemokraten sitzen in praktisch allen Kantonsparlamenten und Kantsregierungen, präsidieren Stadtregierungen und stützen Zauberformeln. Sie erklären ihren Anhängerinnen und Anhängern, wie die möglichen Nachteile des freien Personenverkehrs im Zuge der bilateralen Verträge durch flankierende Massnahmen zwar nicht ganz aufgehoben, aber doch etwas abgedeckt werden. Sie führen öffentliche Dispute miteinander, wie die Service-public-Funktionen trotz Liberalisierung der Telekommunikation und teurem Verkauf der Cablecom bei günstigen Tarifen garantiert werden könnten, und sind sich in ihren Verlautbarungen und Prognosen nicht immer ganz einig, wie es sich für eigenwillige Köpfe geziemt. Und da die Politik der Elektrizitätswirtschaft trotz Mitwirkung der Kantone bisher kaum von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bestimmt wurde, schweigen sie auch zur Liberalisierung des Strommarktes, reaktivieren dafür da und dort und eher zaghaft die Atomenergiedebatte von 1990. Der Streit um die Armee ist den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten abhanden gekommen, und die Begrenzung von deren Aktionsraum auf die nationale Katastrophenhilfe ist Sache der Nationalkonservativen, die zudem mit pazifistischen Untertönen die immerwährende Neutralität der Schweiz verlangen. Wer wählt Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten?

Die Sozialdemokraten in der Schweiz weisen den höchsten Zulauf unter sehr gut ausgebildeten, gut verdienenden höheren Angestellten im öffentlichen Dienst aus, bei Menschen, die sich mit den bisherigen Umständen gut arrangiert haben. Wer unzufrieden ist oder gar benachteiligt, wählt SVP. Deren Leader, Christoph Blocher, fordert in seinem Sieben-Punkte-Programm für eine bürgerliche Regierungskoalition eine zehnjährige Denkpause in der EU-Beitrittsfrage, keine neu-

en Steuern, die die Begüterten belasten, eine härtere Gangart in der Asylpolitik, die Zurücknahme von regelnden Staatsinterventionen in der Wirtschaftspolitik, eine kostenneutrale AHV-Revision, keine Verteuerung der Energie und die Aufrechterhaltung der Neutralität. Was bringt Arbeiterinnen und Arbeiter dazu, in Scharen SVP zu wählen?

Ich denke, es sind nicht so sehr die versprochenen Lösungen. Die sind oft vage genug formuliert. Die Tatsache genügt offensichtlich, dass die SVP jene Fragen und Herausforderungen verständlich und vernehmbar benennt, die die Menschen wirklich beschäftigen: die Asylproblematik, die Sorge um den Arbeitsplatz, um die persönliche Sicherheit, um die Gesundheit und deren Wiederherstellung.

Gewiss, Fragen, die die Bürgerinnen und Bürger beschäftigen könnten, werden auch von der SP Schweiz thematisiert, die Flüchtlingsfrage im Zusammenhang mit dem Bergier- und dem Volcker-Bericht, die Service-public-Problematik am Beispiel der Postdienstleistungen, Probleme der Forschung und Entwicklung am Beispiel der Volksinitiative «Zum Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie», die im März 2000 zur Abstimmung kommt. Sie macht sich stark für die aussichtslose Verkehrshalbierungsinitiative und für die ebenso umstrittene Initiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden». Die Homepage der SP Schweiz ist aktuell. Aber erreicht sie die Menschen, die die Partei erreichen möchte?

Leise Zweifel sind erlaubt. Die Sprache ist gewunden. Titel wie «Die Schweiz braucht eine vertiefte Auseinandersetzung mit ihrer Geschichte – als Voraussetzung für ihre Zukunft in Europa» bewegen nicht. «Die SP Schweiz hat mit Empörung von den heute bekannt gewordenen Vorschlägen von Postdirektor Reto

Braun zum schweizerischen Poststellen-
netz Kenntnis genommen»: Zur Kenntnis
genommen heisst akzeptiert. Und der Ti-
tel «Schweizer Banken müssen ihren gu-
ten Willen in der Zukunft erst noch bewei-
sen» könnte auch im CVP-Pressedienst
stehen.

Die Sprache wirkt abgehoben und die
Absender sind anonym, und dies in einer
Zeit, wo Bürgerinnen und Bürger in Er-
mangelung anderer Prüfmöglichkeiten
die Glaubwürdigkeit von Aussagen wie-
der an Menschen festzumachen versu-
chen, die durch ihren Leistungsausweis
für Ehrlichkeit und guten Willen zeugen.

Die politische Agenda der nächsten Jahre
ist für die SP Schweiz günstig. Die Skepsis
vieler jüngerer Mitbürgerinnen und Mit-
bürger gegenüber Errungenschaften un-
serer Generation wird bald in die Gewiss-
heit umschlagen, dass Vollbeschäftigung
für alle, medizinische Versorgung für alle,
Teilhabe am gesellschaftlichen und kultu-
rellen Leben für alle nicht in den her-
kömmlichen Systemen und mit den bishe-
rigen Methoden garantiert werden kön-
nen. Die SP Schweiz kann in kommenden
Umbruchsituationen, indem sie als Min-
derheit gegen die vorherrschende Mei-
nung antritt, widerborstig und wie bisher
auch ein wenig utopisch sein. Aber sie
muss neue Ideen wieder mit Köpfen verbin-
den, mit hervorragenden Exponentinnen
und Exponenten, die ein Stück weit sym-
bolisch für die Idee stehen, Debatten be-
setzen und mit ihrer Diktion die Ausein-
andersetzung prägen, auch in den Medi-
en, die Bilder vermitteln und dort keine

anonymen Absenderinnen und Absender
gestalten.

Dies bedeutet für eine Generation von
sozialdemokratischen Politikerinnen und
Politikern, die sich mühsam von autoritä-
ren Leitfiguren und deren Arbeitsweisen
in der Familie, in der Schule, in Wirtschaft
und Gesellschaft befreit haben, über den
eigenen Schatten zu springen, Themen-
führerschaft in den eigenen Reihen zu
akzeptieren und hinzunehmen, dass sich
einzelne Kolleginnen und Kollegen bes-
ser als andere in Szene setzen.

Der Ausgang der Wahlen 2003 ist offen.
Die SP Schweiz hat eine grosse Chance,
wählerstärkste Partei zu werden und da-
mit zu dokumentieren, dass ihre Sicht der
Dinge gegenüber der bürgerlichen Mehr-
heit politisch ernst zu nehmen ist. Eine
der möglichen Alternativen heisst hinzu-
nehmen, dass nationalkonservative Kräf-
te gestärkt aus den Wahlen hervorgehen.

Iwan Rickenbacher absolvierte die
Lehrerausbildung mit anschliessendem
Studium der Erziehungswissen-
schaften an der Universität Freiburg
mit einem Doktorats-Abschluss, war
von 1975–1988 Direktor des Lehrer-
seminars des Kantons Schwyz und
von 1988–1992 Generalsekretär der
CVP Schweiz; seit 1992 Kommuni-
kationsberater, seit August 1998 mit
eigenem Büro in Schwyz. Er ist zu-
dem auch Lehrbeauftragter für politi-
sche Kommunikation an der Univer-
sität Bern.